

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Katharina Dröge, Kerstin Andreae, Dr. Thomas Gambke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 18/978 –**

**Nationales Reformprogramm 2014 nutzen – Wirtschaftspolitische
Steuerung in der EU ernst nehmen und Investitionen stärken**

A. Problem

Stabilitätswarnung gegenüber der Bundesrepublik Deutschland durch die Europäische Kommission, Abbau der Leistungsbilanzungleichgewichte, Erhöhung der privaten und öffentlichen Investitionsquote sowie Steigerung der deutschen Binnennachfrage als notwendige Maßnahmen im Nationalen Reformprogramm 2014.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/978 abzulehnen.

Berlin, den 21. Mai 2014

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Dr. Peter Ramsauer
Vorsitzender

Dr. Andreas Lenz
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Dr. Andreas Lenz

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 18/978** wurde in der 26. Sitzung des Deutschen Bundestages am 3. April 2014 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antrag stellende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nimmt die von der Europäischen Kommission gegenüber Deutschland ausgesprochene Stabilitätswarnung zum Anlass, die Leistungsbilanzüberschüsse in Deutschland zu thematisieren. Aufgrund der anhaltenden und extrem hohen deutschen Überschüsse habe die Europäische Kommission in einer Tiefenanalyse (IDR) die Ursachen des deutschen Leistungsbilanzüberschusses untersucht und dabei politische Handlungsoptionen aufgezeigt. Sie habe drei Hauptfaktoren identifiziert. Hierzu gehörten fehlende Investitionen im privaten Sektor, fehlende Investitionen im öffentlichen Bereich und die im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung zu geringe Binnennachfrage und Kaufkraft.

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung auf, in ihren Entwurf für ein Nationales Reformprogramm 2014 Maßnahmen zur Erhöhung der privaten und öffentlichen Investitionsquote sowie zur Steigerung der deutschen Binnennachfrage aufzunehmen. So seien unter anderem wirksame Investitions- und Innovationsanreize für Unternehmen durch eine ergänzende steuerliche Forschungsförderung als Beitrag zum Erreichen des notwendigen FuE-Ziels von 3,5 Prozent des BIP bis 2020 zu schaffen. Notwendig seien zudem eine verbesserte steuerliche Förderung von einbehaltenen Gewinnen für KMU und weniger bürokratische und in der Höhe verbesserte Abschreibungsbedingungen für geringwertige Wirtschaftsgüter sowie eine effektive Besteuerung der Erträge grenzüberschreitend tätiger Unternehmen. Umweltschädliche Subventionen seien abzubauen und damit öffentliches Investitionskapital für nachhaltige Branchen bereitzustellen. Der Mindestlohn von 8,50 Euro sei zügig und flächendeckend in Verbindung mit einer effektiv arbeitenden Mindestlohn-Kommission einzuführen. Maßnahmen zur Eindämmung prekärer Arbeitsverhältnisse wie Scheinwerkverträge, Leiharbeit, Minijobs und Praktika seien zu entwickeln und zeitnah umzusetzen.

Außerdem sei, finanziert über den Abbau klima- und umweltschädlicher Subventionen, ein nationaler Energiesparfonds einzurichten. Durch diesen sollten z. B. die bezahlbare energetische Sanierung insbesondere in Wohnquartieren mit hohem Anteil einkommensschwacher Haushalte erhöht und die Stromeffizienz sowie die Markteinführung besonders sparsamer strombetriebener Geräte und Maschinen gefördert werden. Dem Deutschen Bundestag sei zudem in einem Bericht darzulegen, wie die Bundesregierung die Analyse und Reformvorschläge der Europäischen Kommission bezüglich der geringen Investitionstätigkeit und hohen Sparneigung der privaten Unternehmen umzusetzen gedenke.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/978 in seiner 10. Sitzung am 21. Mai 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/978 in seiner 14. Sitzung am 21. Mai 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 18/978 in seiner 13. Sitzung am 21. Mai 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die

Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 18/978 in seiner 11. Sitzung am 21. Mai 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 18/978 in seiner 11. Sitzung am 21. Mai 2014 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** machte deutlich, dass die EU-Kommission gegenüber Deutschland keine zukunfts- und stabilitätsgefährdenden Ungleichgewichte festgestellt habe. Zwar liege der Leistungsbilanzüberschuss mit rund 200 Mrd. Euro bei 7,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, doch gelte es festzuhalten, dass Deutschland lediglich mit 1,3 Prozentpunkten über dem Schwellenwert von 6 Prozent liege. Die deutschen Exportüberschüsse seien Ausdruck der hohen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen, darunter zahlreiche kleine und mittelständische Unternehmen. EU-Wirtschaftskommissar Olli Rehn habe den Wunsch geäußert, dass jedes EU-Land bei Produktion und Ausfuhren Deutschland gleichkomme. Im Übrigen fänden 43 Prozent der Wertschöpfung deutscher Exportprodukte in Form von Vorleistungen im EU-Ausland statt; 57 Prozent aller deutschen Importe würden aus anderen EU-Mitgliedstaaten stammen. Leistungsbilanzüberschüsse seien gemäß Definition jener Teil der Ersparnisse eines Landes, die nicht im Inland investiert werden. Im internationalen Vergleich habe Deutschland eine zu niedrige Investitionsquote. Deshalb sehe der Koalitionsvertrag Investitionen von 4 Mrd. Euro in Forschung, 5 Mrd. Euro in die Verkehrsinfrastruktur und 6 Mrd. Euro in Bildung und Betreuung vor. 5 Mrd. Euro seien für die Entlastung der Kommunen geplant. All dies stehe unter dem Primat einer wachstumsfreundlichen Haushaltskonsolidierung.

Die **Fraktion der SPD** betonte die Überflüssigkeit des Antrags, da eine Vielzahl der Forderungen sich im Koalitionsvertrag und im Haushalt 2014 bereits wiederfände. Von Deutschlands internationaler Wettbewerbsfähigkeit und Exportstärke profitiere der gesamte Euroraum. Deutschland sei eine der weltweit offensten Volkswirtschaften. Der Offenheitsgrad betrage 97,7 Prozent. In anderen Ländern sei dieser deutlich niedriger: in den USA 32 Prozent, in Japan 31 Prozent und in China 59 Prozent. Darüber hinaus sei Deutschland nicht nur drittgrößter Exporteur, sondern auch zugleich drittgrößter Importeur. Der Importanteil deutscher Exporte sei mit 42 Prozent höher als in allen anderen Volkswirtschaften. In den USA liege dieser bei 11 Prozent, in Japan bei 13 Prozent, in Frankreich bei 23 Prozent, in Italien bei 24 Prozent, in China bei 27 Prozent und in Russland bei 28 Prozent. Zudem seien die Handelsbilanzüberschüsse gegenüber der EU seit 2007 um ein Drittel zurückgegangen – von 174 Mrd. Euro auf zuletzt 116 Mrd. Euro.

Die **Fraktion DIE LINKE**. hob hervor, dass der Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands seit dem Jahr 2000 kumuliert 1,5 bis 1,6 Bio. Euro betrage. Entsprechend gebe es in anderen Ländern Defizite, die ursächlich für die Verschuldungsprozesse innerhalb der Eurozone seien. Deutschland habe einen jährlichen Außenhandelsüberschuss in Höhe von 160 bis 180 Mrd. Euro – mindestens 40 Mrd. Euro pro Quartal. Im Kontext zur Eurokrise werde damit das Problem von Quartal zu Quartal verschärft. Auch die EU-Kommission empfehle Maßnahmen zur Stärkung der Binnennachfrage. Sie habe die makroökonomischen Ungleichgewichte in Deutschland einer Überprüfung unterzogen, da sich die Leistungsbilanzüberschüsse seit 2007 über der Warnschwelle von 6 Prozent befänden. Laut EU-Kommission hätten die privaten Haushalte mehr gespart und die Unternehmen zu wenig investiert. Auch seien die öffentlichen Investitionen viel zu gering.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** verwies auf die Notwendigkeit, die Leistungsbilanzungleichgewichte abzubauen. Dies liege im originären Interesse der deutschen Wirtschaft und des Standorts Deutschland. Nicht die Exporte seien das Problem, sondern die geringen Importe. Die Leistungsbilanzüberschüsse seien ein klares Indiz für fehlende Investitionen im privaten Sektor, fehlende Investitionen im öffentlichen Bereich und zu geringe Binnennachfrage und Kaufkraft. So seien unter anderem wirksame Investitions- und Innovationsanreize für Unternehmen durch eine ergänzende steuerliche Forschungsförderung als Beitrag zum Erreichen des notwendigen FuE-Ziels von 3,5 Prozent des BIP bis 2020 zu schaffen. Umweltschädliche Subventionen seien abzubauen und damit öffentliches Investitionskapital für nachhaltige Branchen bereitzustellen. Der Mindestlohn von 8,50 Euro sei zügig und flächendeckend in Verbindung mit einer effektiv arbeiten-

den Mindestlohn-Kommission einzuführen. Maßnahmen zur Eindämmung prekärer Arbeitsverhältnisse wie Scheinwerkverträge, Leiharbeit, Minijobs und Praktika seien zu entwickeln und zeitnah umzusetzen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/978 zu empfehlen.

Berlin, den 21. Mai 2014

Dr. Andreas Lenz
Berichterstatter

